

**Vorbereitung und Anmeldung zu dem Förderprogramm „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ für die Gebiete St. Leonhard / Schweinau**

**Gutachten**

des Stadtplanungsausschusses  
vom 15.02.2007

- öffentlich –

**Einstimmig beschlossen**

- I. Der Ausschuss für Stadtplanung empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat begrüßt die Initiative zur Aufnahme der beiden Gebiete

St. Leonhard / Schweinau

ins Bund-Länder-Programm, - „Soziale Stadt“, ab 2007 und beschließt bzw. beauftragt die Verwaltung wie folgt:

1. Der Stadtrat beschließt aufgrund des § 141 Abs. 3 Baugesetzbuch den Beginn der „Vorbereitenden Untersuchungen“ für die Stadtteile St. Leonhard / Schweinau. Die Grenzen des Untersuchungsgebietes sind im beiliegenden Plan – vom 02.01.2007 dargestellt. Eine Behandlung über das Ergebnis wird im Stadtplanungsausschuss erfolgen.

2. Auskunftspflicht

Auf die Auskunftspflicht nach § 138 Baugesetzbuch wird hingewiesen. § 138 BauGB lautet:

- 1) Eigentümer, Mieter, Pächter und sonstige zum Besitz oder zur Nutzung eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils Berechtigte sowie ihre Beauftragten sind verpflichtet, der Gemeinde oder ihren Beauftragten Auskunft über die Tatsachen zu erteilen, deren Kenntnis zur Beurteilung der Sanierungsbedürftigkeit eines Gebietes oder zur Vorbereitung oder Durchführung der Sanierung erforderlich ist. An personenbezogenen Daten können insbesondere Angaben der Betroffenen über ihre persönlichen Lebensumstände im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, namentlich über die Berufs-, Erwerbs- und Familienverhältnisse, das Lebensalter, die Wohnbedürfnisse, die sozialen Verflechtungen sowie über die örtlichen Bindungen, erhoben werden.
- 2) Die nach Absatz 1 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur zu Zwecken der Sanierung verwendet werden. Wurden die Daten von einem Beauftragten der Gemeinde erhoben, dürfen sie nur an die Gemeinde weitergegeben werden; die Gemeinde darf die Daten an andere Beauftragte im Sinne des § 157 sowie an die höhere Verwaltungsbehörde weitergeben, soweit dies zu Zwecken der Sanierung erforderlich ist. Nach Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes sind die Daten zu löschen. Soweit die erhobenen Daten für die Besteuerung erforderlich sind, dürfen sie an die Finanzbehörden weitergegeben werden.

- 3) Die mit der Erhebung der Daten Beauftragten sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit nach Maßgabe des Absatzes 2 zu verpflichten. Ihre Pflichten bestehen nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort.
- 4) Verweigert ein nach Absatz 1 Auskunftspflichtiger die Auskunft, ist § 208 Satz 2 bis 4 über die Androhung und Festsetzung eines Zwangsgelds entsprechend anzuwenden. Der Auskunftspflichtige kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

Der Beschluss tritt mit der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Nürnberg in Kraft.

II. Ref. VII

Der Vorsitzende:  
gez. Dr. Maly

Der Referent:  
gez. Dr. Fleck

Die Schriftführerin:  
gez. Reuter